

Dossier : Türkei im Wandel

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **76 (1996)**

Heft 9

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

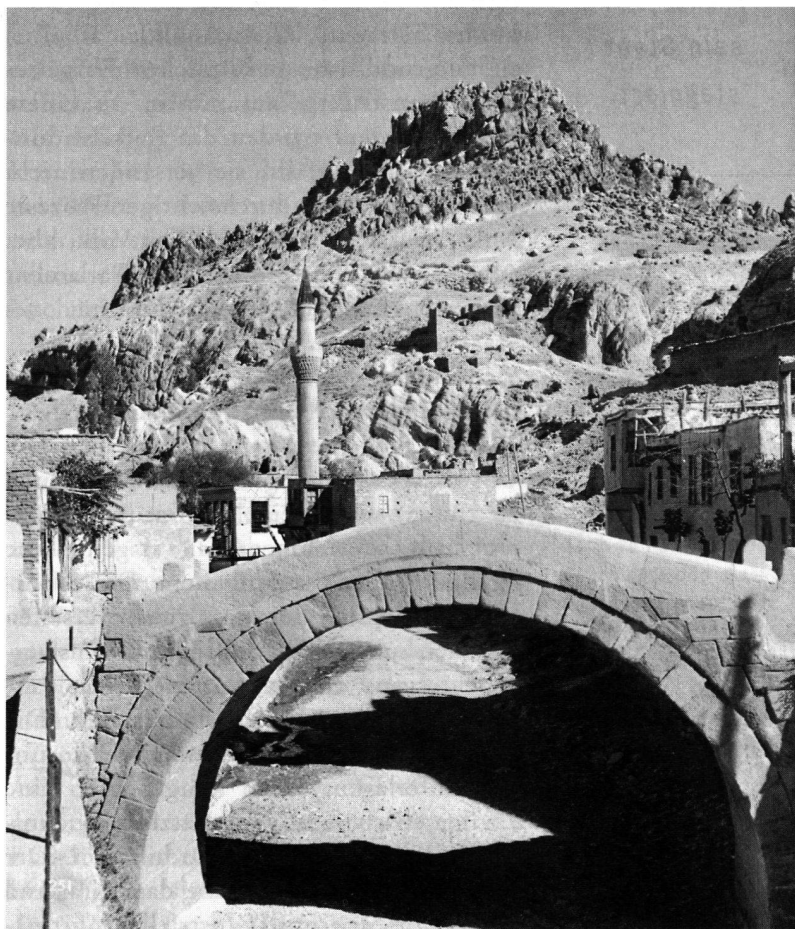
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rainer Hermann

DIE TÜRKEI AUF DEM WEG ZU EINER «ZWEITEN REPUBLIK»

Der laizistische Nationalstaat Atatürks steckt siebzig Jahre nach seiner Gründung in einer tiefen Krise. Unter den Kurden ist eine nationalistische Bewegung entstanden, der politische Islam ist erstarkt, die Aleviten haben ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. Grundlegende Reformen sind erforderlich, um die Türkei in einen modernen Staat umzuwandeln.

Türkische Brückenbaukunst im Dorf Sille bei Konya. Quelle: Die Türkei, Knauer, München, Zürich 1960.



sätze heraus. Gemeinsam ist ihnen die Auflehnung gegen das «Establishment von Ankara», gemeinsam wollen sie den Spielraum der Gesellschaft gegenüber dem Staat vergrössern. Die Grenzen zwischen den drei Strömungen verwischen. Politisch am greifbarsten postuliert erstens die islamische *Refah-Partei* die «Gerechte Ordnung» (*Adil Düzen*). Noch sehr punktuell fordern zweitens bürgerliche Reformer die wirtschaftliche und politische Integration mit Europa. Am Diskurs zur «Zweiten Republik», dem dritten, überwiegend im vorpolitischen Raum diskutierten Ansatz, beteiligen sich sowohl muslimische wie bürgerliche Reformer; als Intellektuelle der 68er Generation waren sie nach dem Militärputsch von 1980 nicht selten von der Universität vertrieben worden.

Die Versöhnung mit sich selbst

«Bevor wir uns mit den Kurden und den Islamisten versöhnen können, müssen wir den Frieden mit uns selbst gefunden haben», rät *Hikmet Özdemir*, der letzte Chefberater des 1993 verstorbenen türkischen Staatspräsidenten *Turgut Özal*. Doch der Staat steht seinen Kritikern unversöhnlich gegenüber. Zu diesen gehört der Wirtschaftspräsident *Mehmet Altan*. Am 17. Januar 1991 rechnete er in seiner Kolumne in der auflagenstärksten Tageszeitung «*Sabah*» mit den Defiziten der heutigen Türkei ab und entwarf das Modell der «Zweiten Republik».

Nach Mehmet Altan¹ hat der Kemalismus seine historische Mission erfüllt: Die Nachfolger *Atatürks* haben die Ideologie des Republikgründers nicht weiterentwickelt, sein Staat stagniert. Ursache dafür sind drei Repräsentanten des Staates und dessen Tabus: Das den zivilen Institutionen übergeordnete *Militär*, die zum Fossil erstarrte zivile *Bürokratie* und linke kemalistische *Intellektuelle*. Alle sehen sich in der Nachfolge Atatürks. Zudem gründet das Selbstverständnis des Staats auf einem Bürger, der sich als *säkularer sunnitische Türke* versteht. Ausgehend von dieser Formel verknüpft Mehmet Altan die drei inneren Krisen der Türkei, lösbar sind sie nur zusammen: das Verhältnis der türkischen Mehrheit zur *kurdischen Minderheit*, das latente Misstrauen zwischen dem laizistischen Staat und den *gläubigen Muslimen*, die anhaltende *Furcht der Aleviten* vor den orthodoxen Sunniten.

Staatspräsident Özal war bis zu seinem Tod 1993 der wichtigste Motor zur Umgestaltung der Republik. Seit 1993 beschränkt sich die Diskussion über die Krise des Kemalismus und die «Zweite Republik» wieder auf den vopolitischen Raum. Sie findet nur noch in den Grossstädten im Westen des Landes, in intellektuellenkreisen statt. Zu ihrem wichtigsten Begriff wurde seit dem weltweiten Umbruch Ende der achtziger Jahre «*Değişim*», also Wende, ein häufig von Turgut Özal verwendetes Wort. Diese Wende soll unter den Staatsbürgern der Türkei einen neuen Konsens hervorbringen, der die Republik auf eine demokratische Grundlage stellt.

Zurückdrängen des Staates

Den Hebel für die Demokratisierung und für mehr Pluralismus sehen die Vertreter der «Zweiten Republik» in der Zivilgesellschaft. Um sie zu schaffen, muss die administrative und militärische Struktur des Landes geändert werden, muss der Staat seine Präsenz in der Gesellschaft und der Wirtschaft abbauen. Der Staat hat den Zentralismus zu opfern, also sich selbst zu entmachten. Er soll eine breite Privatisierung einleiten und die Autonomie der Zivilgesellschaft anerkennen. Auf wenige Gebiete hat er sich, so Hikmet Özdemir, zu beschränken: die Aussenpolitik, die Justiz, die Geld- und Steuerpolitik sowie die

¹ Altan, Mehmet: *Kapitalizm bü köye uğramadı* (Der Kapitalismus kam an diesem Dorf nicht vorbei). Istanbul (Afa Yayıncılık) 1994.

Die Nachfolger Atatürks haben die Ideologie des Republikgründers nicht weiterentwickelt, sein Staat stagniert.

Verteidigung. Das Militär darf das Land nur noch gegenüber äusseren Feinden verteidigen, abzugeben hat es seine Verantwortung für die innere Sicherheit.

Dazu wird eine neue, zivile Verfassung benötigt. Sie soll die von den Militärs 1982 eingesetzte ersetzen. Die neue Verfassung soll das Militär den zivilen Autoritäten unterstellen und die Rechtsordnung auf das Individuum ausrichten. Mit der Dezentralisierung wollen die Reformer die lokalen Institutionen stärken, etwa durch die Wahl der Provinzgouverneure (*vali*) sowie der Regional- und Stadtparlamente. Neu bestimmt werden muss das Verhältnis des Staates zur Religion. Der Staat soll sein Religionsmonopol, das er heute über das *Diyanet* ausübt, aufgeben und sich gegenüber allen Religionen neutral verhalten.

Einige Reformer plädieren für die Einführung eines Präsidialsystems nach US-amerikanischem Vorbild. Mit diesem Vorschlag reagieren sie auf die Schwäche der gegenwärtigen politischen Ordnung. Anfang der neunziger Jahre hat bereits der damalige Staatspräsident Özal auf die Stärkung des Staatsoberhauptes hingearbeitet. Hinderlich ist die «Oligarchie der Parteiführer», die ihre Gefolgschaft als «Schafherde» betrachte. Untereinander arbeiten sie aufgrund ihres persönlichen Ehrgeizes nicht konstruktiv zusammen. In einem Präsidialsystem würden die Entscheidungen schneller gefällt, sie versanden nicht im Getriebe der undurchsichtigen Prozesse Ankaras. Die Wahl durch das Volk, aber auch die Kontrolle durch das Parlament verbessern zudem die Legitimität des Staatsoberhauptes.

Der Aufbau der Gesellschaft

Um aus dem Schatten der alten Ordnung zu treten, reiche eine Verfassungsreform nicht aus, so Mehmet Altan, es gelte, eine Zivilgesellschaft aufzubauen. Diese entsteht, wenn sich der Staat zu universellen Normen zum Schutz des Individuums verpflichtet und der einzelne die Freiheit erhält, sich autonom zu organisieren. Die Gesellschaft muss dem Staat ihre Lösungen auferlegen, nicht umgekehrt. Eine Zivilgesellschaft ist grundsätzlich dynamischer als eine der alten Ordnungen. Der Sog, den sie auslöst, werde das Agrarland Türkei in eine postindustrielle Informa-

tionsgesellschaft transformieren. Im Kurdenkonflikt plädiert Mehmet Altan dafür, den Knüppel wegzulegen. Die Lösung muss an der Neudefinition des Verhältnisses des Staates zum einzelnen ansetzen, gleich, ob er Türke ist oder ob er einer Minderheit angehört. Der Staat hat die kurdische Identität zu akzeptieren, als kurdische Partei oder in der Form einer kulturellen Autonomie.

Metin Heper, ein angesehener Politologe von der Universität Bilkent (Ankara), sagt, dass die «Erste Republik» die Staatsform betont, die «Zweite» aber die Zivilgesellschaft. Die Staatsform Republik hebt Heper zufolge die Rechte von Institutionen hervor, die nicht gewählt sind, und sichert deren Einfluss auf die Politik. Diese Einrichtungen spielen bei der Lösung von Konflikten und der Herstellung eines Konsenses eine grosse Rolle. Auch in der osmanisch-türkischen Geschichte haben nichtgewählte Institutionen innerhalb des Staats eine erdrückende Macht aufgebaut. Damit haben sie die Entstehung eines Rechtsstaates ebenso erschwert wie die Einführung des Liberalismus.

Für denselben Inhalt verwenden die Diskussionsteilnehmer unterschiedliche Etiketten. Während Mehmet Altan von der «Zweiten Republik» und der Zivilgesellschaft spricht, schlägt Hikmet Özdemir² den Begriff «Vertrag von Istanbul» vor. Damit spielt er auf den osmanischen Sultan Mehmet Fatih an, der, so Özdemir, nach seiner Eroberung von Konstantinopel dort die erste Zivilgesellschaft auf türkischem Boden errichtet haben soll.

Özdemir sucht also in der Geschichte nach einer Tradition der Zivilgesellschaft. In der modernen Türkei waren per Gesetz Massenorganisationen gegründet worden, Studentenvereinigungen, Rechtsanwaltskammern und andere Gruppen mit offiziellem Status. Doch sie haben keine politische Kultur begründet. Parallel dazu gab und gibt es autonome Gruppen, wenn auch ausserhalb der offiziellen Ideologie, Gewerkschaften etwa oder religiöse Gemeinschaften. Nach Hikmet sind die religiösen Gemeinschaften, wie Orden (*tariikat*) oder Klöster (*tekke*), offene Vereinigungen. Als solche könnten sie gut mit und in einer offenen Zivilgesellschaft leben. Ferner sind sie eine tragende Säule des Systems der sozialen Sicherheit.

.....

Den Hebel
für die Demokratisierung
und für mehr Pluralismus
sehen die
Vertreter der
«Zweiten Republik»
in der
Zivilgesellschaft.

.....

Die Türkei kann auf eine Tradition der Zivilgesellschaft zurückgreifen, überwiegend leitet sie sich aus religiösen Einrichtungen ab. Bevor das Land zu einer wirklich offenen Gesellschaft wird, muss sie daher ihre islamische Geschichte akzeptieren. Aus diesem Grund plädiert der Journalist und Neo-Osmanist Cengiz Çandar dafür, dass die modernen Vereinigungen an historische Vorbilder anknüpfen sollen. Bislang hat die Republik die Möglichkeiten dieser Symbiose ausgeschlagen, lediglich hat sie Importiertes den vorhandenen Strukturen übergestülpt. Nilüfer Göle will die Zivilgesellschaft darüber hinaus dazu nutzen, die Islamisten in die Gesellschaft zu integrieren und ihr Gefahrenpotential damit zu neutralisieren. Denn die Islamisten ziehen die Integration der Gewalt so lange vor, argumentiert Göle, wie eine vertikale Mobilität Aufstiegschancen eröffnet, wie demokratische Wahlen stattfinden und wie Möglichkeiten eines Wechsels der Eliten gegeben sind.

Trotz staatlicher Einschränkungen hat sich in der Türkei in den vergangenen Jahren eine neue Kultur der Zivilgesellschaft entwickelt: Hunderte privater Fernseh- und Radiosender schossen wie Pilze aus dem Boden, ebenso Verbände, die auf Distanz zum halbstaatlichen Kammerwesen gehen. Eine Blüte erleben die Kaffeehäuser, in denen säkulare Intellektuelle Meinungen austauschen, aber auch die religiösen Gemeinschaften (*cemaat*), die aus den religiösen Orden herausgewachsen sind und sich zu sozialen und politischen Bewegungen ausgeweitet haben. Säkulare wie islamische Intellektuelle haben in der Türkei eine vielfältige Zeitschriftenkultur hervorgebracht, deren Niveau kaum ein anderes Land mit einer vergleichbaren Einkommensstruktur erreicht.

Parallel zu den säkularen Intellektuellen haben auch religiöse Denker wie Ali Bulaç und Abdurrahman Dilipak Vorstellungen zur Zivilgesellschaft entwickelt³. Ihr Vorbild für die Konsensbildung leiten sie von der «Gemeindeordnung von Medina» ab, die sie als Modell für das Zusammenleben verschiedener Gruppen sehen, auch unterschiedlicher ethnischer Herkunft. Ali Bulaç, der führende religiöse Publizist der Türkei, plädiert für ein neues Demokratieverständnis. Als Vertreter einer Gruppe, die in den ersten Jahrzehnten der Republik

2 Özdemir, Hikmet., *Tarih ve Politika (Die Geschichte und die Politik)*. Istanbul (Iz Yayıncılık) 1995.

3 Bulaç, Ali: *Din ve Modernizm (Religion und Modernismus)*. Istanbul (Iz Yayıncılık) 1992. Ders.: *Modernizm, İrtica ve Sivilleşme (Modernismus, Reaktion und Zivilisierung)*. Istanbul (Iz Yayıncılık) 1994.

unterdrückt worden war, spricht er sich für eine Ordnung aus, welche die Rechte von einem Prozent der Bevölkerung gegen die Rechte der 99 Prozent schützt. Die repräsentative Demokratie kritisiert er, da sie ihre Gesetzgebungskompetenz an Gremien abtritt, auf Kosten des Pluralismus und der direkten Partizipation.

Der Islam kennt eine derartig fremdbestimmte Gesellschaft nicht, fährt Bulaç fort. Solange die islamische Welt als Zivilgesellschaft organisiert gewesen war, ist sie in kultureller Blüte gestanden. In den Jahrhunderten bis zum islamischen Hochmittelalter hatte sich das Erziehungswesen ohne Einmischung des Staates entfaltet, war also «zivil» – ein Wort, das Bulaç stets im Sinne von staatsfrei benutzt. Erst als der Staat sich der zivilen autonomen Einrichtungen bemächtigt hat, setzte der Niedergang der islamischen Kultur ein.

Alle Kompetenzen ausser der äusseren und inneren Sicherheit hat der Staat abzutreten. «Die Armee soll nicht dem Regime dienen, sondern der Verteidigung» (Ali Bulaç). Aber auch der traditionelle Nationalstaat habe sein Lebensende erreicht, abgelöst habe ihn die Globalisierung der Wirtschaft und der Telekommunikation. Bulaç sucht nach Möglichkeiten, sich von dieser modernen Welt abzukoppeln, um sich als Muslim vor deren Auswirkungen zu schützen. Der Staat der modernen Türkei eigne sich zu diesem Vorhaben nicht, er sei ein «Zwangsstaat». Die Scharia des Osmanischen Reiches hatte indessen dem Muslim die Gelegenheit geboten, tatsächlich als Muslim zu leben. Der Herrscher habe mittels des Gewohnheitsrechts regiert, die Scharia das Volk aber vor der Willkür des Herrschers geschützt.

Der Islam lasse ausserdem die Freiheit der Religionswahl, und der Koran kenne keine weltliche Strafe für Konvertiten. Jedem stehe das Recht zu, seine Religion bzw. Gemeinschaft zu wechseln, aber selbstverständlich auch, die Dogmen des Islam zu kritisieren. Ist der Staat erst einmal in seine Schranken verwiesen, kann die Zivilgesellschaft unter Rückgriff auf das Osmanische Reich errichtet werden. Die Osmanen hatten bis zur Machtergreifung der Jungtürken zugelassen, dass zu ein und derselben Zeit unterschiedliche Rechtssysteme praktiziert worden sind: Der Herrscher regierte mittels Gewohn-

Nach der
Einschränkung
des Staates
und der
Befreiung der
Gesellschaft
zielen die
Befürworter
der «Zweiten
Republik»
auf eine
Transformation
der Wirtschaft.

4 Sever: Metin/Dizar, Cem (Hrsg.): İkinci Cumhuriyet tartışmaları (Diskussionen über die Zweite Republik. Zwanzig Interviews mit Befürwortern und Gegnern). Ankara (Başak Yayınları) 1993 – Pendik Belediyesi (Hrsg.): Türkiye ve Demokrasi (Die Türkei und die Demokratie). Kulturveröffentlichungen der Istanbul Stadtverwaltung Pendik, Istanbul 1995.

heitsrecht, die Scharia galt für die muslimische Bevölkerung, und jede nicht-islamische Religionsgemeinschaft lebte nach ihrem eigenen Recht.

Aussenpolitisch zeigt Bulaç gegenüber den USA keine Berührungängste. Die USA seien ein Vielnationenstaat wie das Osmanische Reich, ihre Politik sei pragmatisch. Für die USA und ihre protestantische Bevölkerung spreche, dass weder die Osmanen noch die Türken mit den Protestanten Probleme gehabt hätten. Das Gewicht der Türkei könne gerade dann zunehmen, wenn die USA ihr die Rolle zuwiesen, eine Ausweitung des europäischen Einflusses einzudämmen.

Recep Tayyip Erdoğan hat sich viele Ansichten seines Beraters Bulaç zu eigen gemacht. Seit dem 28. März 1994 regiert er als Oberbürgermeister über Istanbul. In der *Refah Partisi* gilt er als der wahrscheinlichste Kandidat für die Nachfolge des Vorsitzenden *Erbakan*. Auch Erdoğan sieht keine Chancen, den Staat auf seinen heutigen Grundlagen zu reformieren. Bereits die Aussage «die Türkei den Türken» sei falsch. Denn in der Türkei leben 27 ethnische Gruppen, die der Staat anzuerkennen habe. Zur Lösung der Kurdenfrage schlägt er föderale Provinzen vor, wie sie das Osmanische Reich praktiziert habe. Verfüge eine der ethnischen Gruppen über genügend Kraft zur Unabhängigkeit, dann solle ihr diese nicht verwehrt werden. Erkennen kann er diese Kraft aber nirgends. Erdoğan's Ziel ist nicht die Wiedererrichtung der islamischen Umma, sondern ein Staat, in dem Muslime, Christen und Juden in ihren eigenen Rechtssystemen leben. Im Gegensatz zu *Erbakan* bejaht er die freie Marktwirtschaft.

Die wirtschaftliche Transformation

Nach der Einschränkung des Staates und der Befreiung der Gesellschaft zielen die Befürworter der «Zweiten Republik» auf eine Transformation der Wirtschaft⁴. *Aydın Menderes* gibt einer wirklichen Demokratisierung so lange keine Chancen, wie der Staat eine Hälfte des Volkseinkommens in seinen Händen hält und massiv in die Wirtschaft interveniert. Erst wenn der verkleinerte Staat sich weitgehend aus der Wirtschaft zurückgezogen habe, verfügten die Individuen für ihre Investitionen über

zusätzliche Ressourcen. Mehmet Altan setzt etwas anders an: Die bisherige Ausrichtung auf die Landwirtschaft und deren Privilegien habe eine ausreichende Kapitalakkumulation verhindert. Nach Altan ist es erforderlich, die Agrargesellschaft zu transformieren und die Produktionsweisen zu modernisieren. Denn nur in Staaten, die marktwirtschaftlich und effizient produzieren, können sich letztlich Demokratie und Menschenrechte durchsetzen. Diese Transformation hat Konsequenzen für den türkischen Staat. Der hat die Landwirtschaft bisher auf Kosten der Industrie massiv subventioniert, weil die Agrargesellschaft nicht wie die Stadt nach Freiheiten ruft, nicht wie die Industrie nach der Unabhängigkeit von der Regierung strebt. Diese kemalistische Ideologie hatte zur Folge, dass mehr als die Hälfte der türkischen Volkswirtschaft «schwarz arbeitet»; vor allem haben sich dynamische kleine und mittelständische Betriebe abgekoppelt, sind in die Schattenwirtschaft gegangen.

Als erste konkrete Massnahme schlägt Mehmet Altan die Erweiterung der Steuerpflicht vor. Mitte der neunziger Jahre hat erst einer von vier Erwerbstätigen Steuern gezahlt. Zweitens würde die völlige Beseitigung des Importschutzes den Wettbewerb erhöhen und die in den achtziger Jahren begonnene Importliberalisierung abschliessen. Für den Verbraucher verbilligen sich die Produkte, die Industrie wird zur Rationalisierung gezwungen, in der Volkswirtschaft verbessert sich (auch als Folge der Privatisierung) die Allokation der Ressourcen. Die höhere Wettbewerbsfähigkeit führt zu einem Anstieg des Anteils der Exporte am Bruttosozialprodukt, der Mitte der neunziger Jahre noch bei unter 15 Prozent gelegen hat. Am Ende dieses wirtschaftlichen Prozesses ist die Türkei in den Weltmarkt integriert und wirtschaftlich souverän geworden, hat sie die rein politische Souveränität und den politischen Nationalismus überwunden.

Die Wirtschaftsordnung der «Zweiten Republik» ist in den internationalen Wettbewerb integriert. Ihre Akteure reagieren auf die Signale der Weltwirtschaft, die Integration drosselt die notorisch hohe Inflation, Ressourcen werden nicht mehr fehlgeleitet. Der Staat als der schwächste Teil der türkischen Wirtschaft muss sich

dem Druck des Marktes beugen und muss abspecken. Das erweitert, hier kommen Aydın Menderes und Mehmet Altan wieder zusammen, den Spielraum der Marktteilnehmer gegenüber dem unbeweglichen Staat. Die neuen wirtschaftlichen Beziehungen des Staates zu den Individuen begünstigen damit die politische Liberalisierung und den Aufbau einer dezentralen Zivilgesellschaft. Die Integration mit Europa würde die Türkei aber auch dazu zwingen, so schliesst Altan, die Standards der Demokratie zu übernehmen.

.....

*Erst eine
politisch
attraktivere
Türkei kann
zu einem
wirklichen
Nachfolgestaat
des
Osmanischen
Reiches
werden.*

.....

Geänderte aussenpolitische Rahmenbedingungen

Die «Zweite Republik» greift auch bei der Formulierung einer neuen aussenpolitischen Konzeption auf das Vorbild des Osmanischen Reichs zurück. Die internationalen Beziehungen, in welche die Türkei eingebunden ist, waren in den vergangenen zehn Jahren rasanten wirtschaftlichen und politischen Veränderungen unterworfen. *Cengiz Çandar* sieht die beste Gelegenheit, sich als Regionalmacht zu empfehlen, in der Übernahme von Verantwortung bei der Sicherung der internationalen Handelswege.

Nach dem Zerfall der UdSSR, der ihr neue Chancen eröffnet hat, kann die Türkei selbst die Initiative ergreifen. Zunächst falle ihr für das Dreieck zwischen Zentralasien, dem Balkan sowie dem islamischen Nahen und Mittleren Osten eine geopolitische Schlüsselrolle zu. Ob sie diese ausspielen kann, bestimme ihre wirtschaftliche Kraft, nicht ihre kaum erkennbare Aussenpolitik. Zum Trumpf der türkischen Wirtschaft sind ihre flexiblen privaten Unternehmer geworden, deren Aktionsradius die Reformen Özals beträchtlich erweitert haben; heute sind viele von ihnen mit grossem Erfolg in den GUS-Staaten tätig. Mit dem Zerfall der UdSSR erstand das osmanische Hinterland wieder, «*Erinnerungen an eine grosse Familie*» holen Ali Bulaç ein.

Çandar sieht zwei Chancen der aussenpolitischen Orientierung: Erstens liegt die Türkei entlang grosser Handelswege, dadurch könne sie ihren Anteil am Welthandel aufstocken. Zweitens befinden sich die Balkanstaaten auf der Suche nach einer neuen Identität. Laut Çandar schränkt die

alte Politik die Wahrnehmung der neuen Chancen so lange ein, wie sie sich an die Grenzen des Atatürkschen «Nationalpakts» klammere. Hinderlich seien ferner die etatistische Wirtschaft und der zentralistische Staat. Damit die Türkei ihre historischen Chancen ergreifen kann, müssen in ihr die Marktwirtschaft verankert sein, ein kultureller und ethnischer Pluralismus sowie die Menschenrechte. Den Kurden der Türkei schlägt Çandar kulturelle Autonomie vor und den in Demokratien üblichen Minderheitenschutz.

Erst eine politisch attraktivere Türkei kann zu einem wirklichen Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches werden. Dabei müsste die aussenpolitische Enthaltsamkeit nach dem Motto Atatürks «Friede daheim, Friede in der Welt» (*Yurtta sulh, cihanda sulh*) abgeschüttelt werden. Die Türkei könne zum Zentrum der Turkvölker aufsteigen; denkbar ist für ihn eine Zusammenarbeit, die bis zur Konföderation oder gar Föderation reicht. Vorstellen kann er sich auch konföderale oder quasi-konföderale Strukturen mit dem Norden Iraks.

Die Türkei soll also zu einer «imperialen Vision» zurückfinden. Das geschieht in einer Zeit, in der Russland die Doktrin vom «Nahen Ausland» entworfen hat. Diese Doktrin weist Russland in den Gebieten der ehemaligen UdSSR eine Sonderrolle zu, ein türkischer Neo-Osmanismus muss zwangsläufig mit ihr in Konflikt geraten. Die traditionelle türkisch-russische Konfrontation könnte erneut entflammen.

Ali Bulaç ist unwohl bei dem Gedanken, das Osmanische Reich, an dessen Spitze der Sultankalif stand, heute für säkulare Zwecke anzurufen. Für ihn war das Osmanische Reich ein europäisches und kein asiatisches. Deshalb lehnt er die Formulierung Özals von «den Türken von der Adria bis zur Chinesischen Mauer» ab. Andererseits kann er sich eine regionale Zusammenarbeit mit Iran und Ägypten vorstellen, über ersteres hätten die Osmanen aber nicht geherrscht. Einer pantürkischen Orientierung kann auch der linksliberale *Mete Tuncay* nichts abgewinnen. Die Idee übersteige schlicht die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei und lasse ausser acht, dass die Türken Anatoliens und Zen-

.....

Damit die
Türkei ihre
historischen
Chancen
ergreifen kann,
müssen in
ihr die
Marktwirtschaft,
ein ethnischer
und kultureller
Pluralismus
sowie die
Menschenrechte
verankert sein.

.....

tralasiens seit über 900 Jahren getrennt leben. Aber auch er denkt laut über die Wiederbelebung des osmanischen Gedankens nach, etwa in der Form einer losen Föderation. Sie könnte zwischen den demokratischen und freiheitlichen Staaten der Region entstehen.

Warten auf eine neue Generation

Noch sind mit Forderungen nach Reformen im Sinne der «Zweiten Republik» keine Wahlen zu gewinnen, auch wenn das Lager der Unzufriedenen wächst. Änderungen wollen heute vor allem vier Gruppen der Bevölkerung: das Bürgertum der Städte, das sich eingeschränkt fühlt von der Macht der militärisch-zivilen Bürokratie; die Kurden, die in der offiziellen Ideologie nicht vorkommen und politischem wie militärischem Druck ausgesetzt sind; die Muslime und die Bewohner der Gecekondu, der Armensiedlungen um die Grossstädte, die marginalisiert sind und zu einem grossen Teil zur religiösen *Refah Partisi* gestossen sind.

Cengiz Çandar äussert sich aber pessimistisch zu den Perspektiven einer Wende vor dem Jahr 2000. Der frühe Tod Özals habe für die Reformer einen herben Schlag bedeutet, gegenwärtig durchlaufe die Türkei die Phase eines Interregnums. Erst eine Partei vertritt prinzipiell die neuen Ideen, ohne allerdings das Wort «Zweite Republik» zu verwenden: die «Neue Demokratie-Bewegung» (*Yeni Demokrasi Hareketi*, YDH). Mit ihrem Programm und ihrem jugendlichen Vorsitzenden *Cem Boyner* hat sie sich insbesondere unter der akademischen Jugend der Grossstädte einen beträchtlichen Anhang verschafft. Boyner ist Inhaber der erfolgreichen Textilholding *Altınyıldız*, bereits Ende der achtziger Jahre war er, noch keine 35 Jahre alt, als Präsident des Unternehmerverbandes *Tüsiad* landesweit bekannt geworden.

Nicht die politische und bürokratische Elite ruft nach Änderungen, die Initiative liegt ausserhalb des Staates, bei säkularen und religiösen Intellektuellen. Erst wenn sich die Türkei im Innern erneuert hat, kann sie die Möglichkeiten, die sich ihr bieten, wahrnehmen und eine moderne Nation werden. ♦

Khalid Duran

ist 1940 in Berlin geboren und hat in Pakistan Islamwissenschaften, in Bonn Politikwissenschaften und in Berlin Soziologie studiert. Zurzeit ist er Redaktor an der in Washington vom Institute for International Studies herausgegebenen Vierteljahresschrift «Trans State Islam».

SUPERMANN AM BOSPORUS?

Die USA überfordern die Türkei mit Aufträgen

Aus den türkischen Wahlen vom Dezember 1995 ist die von Necmettin Erbakan geführte islamistische Refah-Partisi («Wohlfahrtspartei») mit 21 Prozent der Wählerstimmen als stärkste Partei hervorgegangen. Das gute Abschneiden der Islamisten kam nicht überraschend, aber die Auswirkungen dieser Entwicklung und die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die zahlreichen Nachbarn der Türkei sowie für Europa und die USA sind schwer abzuschätzen.

Über den Gegensatz zwischen Islamisten und Kemalisten darf man sich keinen Illusionen hingeben – die Feindschaft ist kompromisslos. Das schliesst politische Kompromisse zwar nicht aus, doch im Endeffekt sind diese nur taktischer Natur.

Atatürk, der Held der Kemalisten, gilt den Islamisten als Teufel. Die beiden Seiten haben Geschichtsbilder, die sich gegenseitig ausschliessen. Nach Meinung der Kemalisten rettete Atatürk nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg die Türkei als Staat und Nation vor der völligen Zerstückelung und Unterwerfung durch europäische Mächte, speziell Griechenland. Um wenigstens eine Kleintürkei zu erhalten, verzichtete der Begründer des modernen Staats auf das Osmanische Reich. Aus der Sicht der Islamisten war Atatürk ein Agent europäischer Mächte, ein Judenabkömmling und Freimaurer. Im Auftrag der Kolonialmächte zerstörte er das Osmanische Reich und machte die Türken zu Hinterwäldlern Europas.

Damals erkannte die grosse Mehrheit der Türken Atatürk als ihren Retter an, doch der Gegensatz zwischen den beiden Meinungen wurde nie überbrückt. Aus den oppositionellen Kreisen ging eine neue Generation hervor.

Der Islamismus ist eine weltweite Bewegung, deren nationale Schwesterparteien eng zusammenarbeiten und sich auch finanziell gegenseitig unterstützen. Wie in Algerien, Ägypten und Iran kommt die Masse der Refah-Gefolgsleute aus den Elendsvierteln, doch geführt wird die Bewegung von Akademikern, insbesondere

von Technokraten, die nach Aufstiegschancen dürsten. Die wirtschaftliche Misere spielt eine Rolle, doch wird sie von westlichen Beobachtern gern überbewertet. In den USA und Westeuropa sperren sich politische Beobachter und Entscheidungsträger gern gegen eine Anerkennung der unbequemen Hauptursachen für das Erstarken des Islamismus in der Türkei. Die Hauptgründe, für die der Westen keine Antwort hat, sind:

Erstens: die Enttäuschung über den Ausschluss aus Europa.

Zweitens: die Wut über das Morden in Bosnien. Viele Türken empfinden das so, als handle es sich um einen Teil ihres eigenen Landes und Volkes.

Mit Aserbeidjan und Tschetschenien verhält es sich nicht anders. Den Islamisten ist es ein leichtes, unter Türken ein Gefühl des Verfolgtseins zu entfachen. Dazu kommen dann die Nachrichten von Türkenmorden in Deutschland.

Kein universaler Trend zum Islamismus

Dass es sich beim guten Abschneiden der Islamisten in der Türkei keineswegs um eine universale Entwicklung handelt, lässt sich an Beispielen aus anderen Staaten leicht nachweisen. Bei den pakistanischen Wahlen von 1992 verschwanden die Islamisten fast von der Bildfläche. In einer Nationalversammlung von 217 Sitzen sind sie mit ganzen drei Abgeordneten vertreten. Dabei wurden jene pakistanischen Wahlen von allen Seiten als frei und fair anerkannt. Bei den algerischen Präsidentschaftswahlen wurde den Islamisten eben-

falls ein Denkmäler verpasst. Fänden in Iran wirklich freie Wahlen statt, dann müssten die regierenden Mullahs wohl den Weg ins sudanesisches Exil antreten.

Es wäre ein schwerwiegender Fehler, wollte man bei der Analyse der türkischen Entwicklungen die entscheidenden Sonderfaktoren ausser Acht lassen. Der Kemalismus begann als eine Bewegung, die den Anspruch darauf erhebt, eine Ideologie zu sein, doch die Entwicklung blieb in den Anfängen stecken. Im Gegensatz dazu hat sich der Islamismus aus der alten Religion des Islam zu einer neuen totalitären Ideologie entwickelt, einer Art regionsspezifischen Spätform des Faschismus, sozusagen ein Faschismus-Nachzügler in der Welt des Islam. Mancher Islamist tut das als eine bössartige Unterstellung ab, doch andere geben die zahlreichen Parallelen gern zu.

Die «Wohlfahrtspartei» stützt sich – für viele Menschen im Westen unverständlich – auf die unermüdliche Basisarbeit weiblicher Aktivistinnen. Auf eine Million soll sich die Zahl der *Refah*-Genossinnen belaufen. Mancher Beobachter hat daraus den Schluss gezogen, die bisherige Ministerpräsidentin *Tansu Çiller* werde als Verkörperung der verwestlichten Frau ebenso abgelehnt wie seinerzeit in Iran die Kaiserin *Farah Diba*. Das trifft jedoch nur sehr bedingt zu. Gewiss, die Verschleierung befreit die Frauen der ärmeren Schichten vom Wettkampf der Mode – einer Mode, die sich leicht als ausländisch geisseln lässt. Doch das ist nicht alles. Die Islamisten mobilisieren Frauen im Stile totalitärer Parteien. Wie in Iran und Sudan gelingt es ihnen, durch Versprechungen grösseren Mitspracherechts Frauen vor ihren Wagen zu spannen. An die Macht gelangt, haben sie bisher die Erwartungen ihrer weiblichen Gefolgschaft stets enttäuscht. In der Türkei haben sie noch nicht Farbe zu bekennen brauchen, doch dürfte es bald dazu kommen; denn die *Refah Partisi* stellt keine einzige weibliche Abgeordnete.

Die türkische Islamisten-Bewegung steckt voller Widersprüche. Viele Partei-

gänger begeistern sich für die Forderung nach Hinwendung zu den arabischen Brüdern. Davon verspricht man sich nicht nur die Wärme der Bruderherzen, sondern wirtschaftlichen Aufschwung, und zwar durch die Verbindung von türkischem Fachwissen und arabischem Kapital. Europa schwimmt in Tomaten und Südfrüchten, in Arabien dagegen wächst der Bedarf an Lebensmittelimporten, und die türkischen Lieferanten sind nicht weit entfernt.

Auf arabischer Seite ist jedoch die Haltung alles andere als eindeutig. Einerseits möchte man die Türken durchaus gern auf seiner Seite haben; denn die stellen eine grössere militärische Macht dar als die meisten arabischen Staaten zusammengenommen. Auf der anderen Seite aber fürchtet man sich vor erneuter türkischer Oberhoheit. Jede türkische Geste der Annäherung wird sogleich auch als imperialistische Attitüde gedeutet. Dem verstorbenen türkischen Ministerpräsidenten *Özal* wurde in der arabischen Presse unablässig unterstellt, er träume von der Wiederherstellung des Osmanischen Reiches.

Als nach dem Ersten Weltkrieg der neue Staat Irak von den Engländern aus der Taufe gehoben wurde, sollte er ursprünglich nur den arabischen Teil umfassen. Der kurdische Nordirak wurde dann erst in letzter Minute dazugefügt, beziehungsweise von der Türkei abgeschnitten. Fiele jener Nordirak wieder an die Türkei, dann ergäbe sich aus der Gesamtheit ein Staat der Kurden und Türken, und das wäre zumindest eine bessere Lösung als der gegenwärtige Zustand, gehört doch der Nordirak zurzeit nirgendwo hin und muss als Spielball für alle Nachbarn herhalten. Wer aber in der arabischen Welt wäre zu einer solchen türkischen Lösung bereit? Keiner mag *Saddam*, doch keiner will zulassen, dass das künstliche Gebilde Irak aufgelöst wird, weil damit «heiliger arabischer Boden» verloren ginge.

An solchen Widersprüchen wird die Regierung in Ankara schwer zu schaffen haben. In der arabischen Welt stösst die



Die Islamisten mobilisieren Frauen im Stile totalitärer Parteien:
Türkische Handweberei.

Osmanen-Nostalgie der *Refah Partisi* auf wenig Gegenliebe. In Zentralasien frönt man statt Osmanentum einem säkularen Pantürkismus, und dafür braucht man keinen *Erbakan*, das kann *Mesut Yilmaz* ebenso gut und Tansu Çiller noch besser.

Schlüsselrolle im Auftrag der USA

Seit der Auflösung der Sowjetunion und der neuen Rollenverteilung in Europa fällt der Türkei aus amerikanischer Sicht eine Schlüsselrolle zu. Der neue Hauptfeind, als Nachfolger der kommunistischen Bedrohung, heisst nun Iran mit seinem Islamismus (bzw. islamischen Fundamentalismus). Folglich wird die Türkei zum Frontstaat, vergleichbar der Rolle, die früher Westdeutschland gegenüber dem Ostblock innehatte. Da andererseits Russland weiterhin ein Gefahrenherd bleibt, speziell in seinem Verhältnis zu den muslimischen Republiken der früheren Sowjetunion, ist die Türkei in zweierlei Hinsicht wichtig: Ankara soll sich in Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan und Aserbeidjan sowohl russischen als auch iranischen Versuchen der Einflussnahme entgegenstellen.

Was sollen die braven Türken nur alles schaffen? Ginge es nach Washington, dann würden sie notfalls einen Vier-Fronten-Krieg führen. Im Osten sollen sie Iran entgegenreten und im Süden Syrien im Schach halten. Im Norden sollen sie den Russen die Stirn bieten und im Westen den Balkan stabilisieren. Das ähnelt der Verzettelung des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg, und genau diese Drehscheibenpolitik fand Kemal Atatürk untragbar. Doch damals hatte die Türkei als Verbündeten einen grossen Versager, Deutschland, diesmal steht hinter ihnen eine Superpower, nicht als Verbündeter, sondern als Auftraggeber. Es geht also alles viel realistischer zu.

Griechisch-türkischer Konflikt

Wer die Türken aufrüstet, muss die Griechen beschwichtigen. Infolgedessen steht Griechenland auf Platz Nummer Vier unter den Empfängern amerikanischer Rüstungsgüter.

Problematisch dabei ist, dass die Griechen keine strategischen Aufträge erhalten

.....
Ginge es nach
Washington,
müssten die
Türken notfalls
einen Vier-
Fronten-Krieg
führen.
.....

.....
Aus Unmut
über den
Ausschluss aus
Europa haben
die Türken
islamistisch
gewählt.
.....

wie die Türken. Was soll Athen mit den Massen an hochwertigem Kriegsmaterial tun? Eine gehörige Portion hat man den Serben weitergereicht, damit jene Albaner, Bulgaren und Makedonier in Schach halten. Mit dem Rest konfrontiert Athen Ankara direkt. Ende Januar gab es fast Krieg um einen unbewohnbaren Felsklotz, der unmittelbar vor der türkischen Küste aus dem Meer ragt, von Athen jedoch als eine «griechische Insel» beansprucht wird. Wären hier nicht die amerikanischen Waffenlieferanten in letzter Minute dazwischengetreten, dann wäre das Ganze in eine griechische Tragödie ausgeartet. Je mehr Waffen geliefert werden, desto häufiger wird es zu solchen «Zwischenfällen» kommen. Werden die Amerikaner stets schnell genug zur Stelle sein?

Im übrigen hat die Überhäufung Griechenlands mit Wunderwaffen Athen nicht dazu bewegen können, die Opposition gegen den Europa-Beitritt Ankaras aufzugeben, obwohl das für die amerikanischen Türkei-Pläne von entscheidender Wichtigkeit wäre. Aus Unmut über den Ausschluss aus Europa haben die Türken islamistisch gewählt, doch in Washington glauben viele Aussenpolitiker noch immer, das seien alles Frömler gewesen, die ausser Waffen möglichst viele Kopftücher und ein paar Riesenmoscheen fordern. Im *State Departement* stellt man einen wichtigen Faktor noch immer nicht voll in Rechnung: Fühlen die Türken sich von Europa weiterhin ausgestossen, dann darf man von ihnen nicht erwarten, den iranischen Mullahs auf die Füsse zu treten, wie Washington das so gerne möchte.

Iranisch-türkischer Konflikt

Zweifelloos ist man in Ankara auf Teheran böse, zumal seit im April ein für Syrien bestimmter iranischer Waffentransport aufgedeckt wurde. Der mag für die Hezbollah in der libanesischen Bekaa-Ebene bestimmt gewesen sein, ebenso gut aber auch für die von Syrien aus gegen die Türkei operierende Kurdische Arbeiterpartei. Damaskus und Teheran bilden gewissermassen eine anti-türkische Achse, sowie im Westen Griechenland und Serbien (Jugoslawien).

Nach Washingtons Wunsch, soll Ankara der israelischen Luftwaffe die Tiefe des

türkischen Raums zur Verfügung stellen. Nur empört das natürlich die Syrer, die sich in die Zange genommen fühlen. Selbst die Ägypter opponieren gegen ein allzu enges Zusammenspiel von Türken und Israelis. Die arabische Presse hält Ankara schon seit geraumer Zeit vor, wieder das imperialistische Osmanentum hervorzukehren, und in Teheran sprach man noch vor kurzem von türkischem Hochverrat an der Sache des Islam. Die gegenwärtig angebahnte Entspannung kann das historisch tief verankerte Misstrauen nicht aus der Welt schaffen.

Die Rolle der Türkei in Bosnien

Nach den Vereinbarungen von Dayton sollen die Türken die Ausbildung der bosnischen *armija* übernehmen, sowie sie seit geraumer Zeit bereits für die Stabilisierung Albaniens zuständig sind.

Räumt man den Türken eine Rolle in Bosnien ein, nimmt man den Islamisten ein wenig den Wind aus den Segeln. Die *Refah Partisi* hat bei den Wahlen nicht zuletzt deshalb so gut abgeschnitten, weil sie ein militärisches Eingreifen zugunsten der Bosnier fordert. Die Tatsache, dass der türkische Säkularstaat dem Völkermord an den Glaubensbrüdern in Bosnien tatenlos zuschaute, hat den Kemalismus in seinen Grundfesten erschüttert, mehr als wirtschaftliche oder andere Faktoren.

Die verheerenden Auswirkungen der serbischen Aggression in Bosnien auf Entwicklungen in muslimischen Staaten, insbesondere die Türkei, sind ein Punkt, der im Westen und speziell in den Vereinigten Staaten nie genügend in Rechnung gestellt wurde. Schliesslich sind 5 Prozent der rund 60 Millionen Türken bosnischer Herkunft – Opfer früherer Vertreibungen aus Jugoslawien.

Durch ein von den Amerikanern abgesegnetes Engagement der Türken in Bosnien könnte der türkische Säkularstaat im eigenen Volk etwas Glaubwürdigkeit zurückgewinnen. Diese Überlegung geht keineswegs auf die Einsicht Washingtoner Strategen zurück. Dort fragt man sich ganz einfach: Wer kann es machen? Die Auf-

rüstung der bosnischen Armee wird in den Rahmen der Bekämpfung Irans gestellt, und dafür ist die Türkei zuständig.

Frontstaat gegen Russland

Schaut man sich an, was den Türken hiermit alles zugemutet wird, muss man sich fragen, ob statt des sprichwörtlichen «kranken Mannes am Bosphorus» dort nicht ein Supermann gefordert ist. Immerhin ist die türkische Armee durch die Kurdische Arbeiterpartei in einen Kleinkrieg verstrickt, der jährlich sieben Milliarden US-Dollar kostet. Nun soll die Türkei aber auch als Frontstaat gegen Russland herhalten. In Washington beschwört man zwar die amerikanisch-russische Freundschaft und setzt noch immer grosse Hoffnungen in den schwerkranken *Jelzin*, doch verfolgt man auch mit Sorge, wie Moskau die ehemals sowjetischen Gebiete Zentralasiens wieder unter seine Kontrolle bringt, und das schliesst sogar einen Zipfel Afghanistans mit ein, und zwar in Kooperation mit Teheran. In dieser Hinsicht ist das Regime der Mullahs sehr pragmatisch und macht den Russen wegen ihres brutalen Vorgehens gegen die Glaubensbrüder in Tschetschenien kaum Vorwürfe.

Ginge es nach Washington, dann würde Ankara in Zentralasien sowohl Moskau als auch Teheran ausbooten. Immerhin stehen die Menschen dort den Türken sprachlich und kulturell näher als Russen und Persern.

Im Prinzip sagen die Türken nicht nein, und Präsident *Demirel* hat bei seinem Washington-Besuch im März wieder einmal vor dem neuen Imperialismus der Russen gewarnt. Bewältigen kann Ankara die gestellten Aufgaben jedoch nur, wenn es von Washington vorrangig finanziert wird, analog zu Israel und Ägypten. Selbst dann aber bleibt die neue Schlüsselrolle für die Türkei ein gewagtes Unterfangen. Als vierfacher Frontstaat muss sie sich gewissermassen im Kreis bewegen, und das könnte selbst die tüchtigsten Türken überfordern. Geht dabei etwas schief, können sie kaum auf brüderliches Verständnis und Absicherung hoffen. ♦

.....
Die Aufrüstung
der bosnischen
Armee wird in
den Rahmen der
Bekämpfung
Irans gestellt.
.....

.....
Als vierfacher
Frontstaat
muss sich die
Türkei im
Kreis bewegen.
.....

Stefan Werner Dieter

Spanik ist 1940 in Mannheim geboren.

Nach dem Studium der Geschichte, Psychologie und Erziehungswissenschaften in Heidelberg und Berlin war er 1979 bis 1985 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Freien Universität Berlin und von 1980 bis 1989 gleichzeitig Berater für verkehrspolitische und technische Entwicklungen in Indonesien. 1989 bis heute Lehrer und Dozent an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg.

DIE KURDEN

Ein Volk auf der Suche nach seinem Staat

Mit dem Namen Kurdistan wird ein geographischer Grossraum bezeichnet, der neben dem türkisch-iranischen Grenzgebirge Zagros grosse Teile des Nordiraks und auch Teile der zwei nordöstlichen Provinzen Syriens umfasst. Dies ist die eigentliche Heimat der Kurden, dieses nomadisierenden Hirtenvolkes indogermanischer Herkunft. Trotz eines sich über Jahrhunderte hinziehenden Kampfes um Unabhängigkeit ist es den Kurden bis heute nicht gelungen, für ihr Volk einen selbständigen Staat zu bilden.

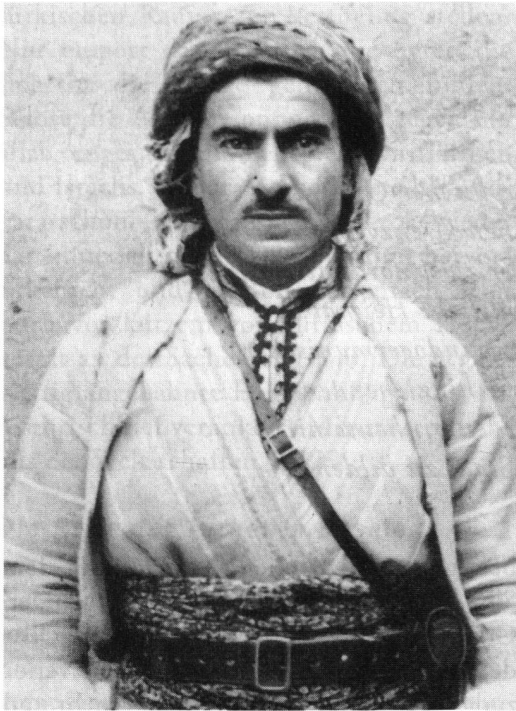
Bis Ende des Ersten Weltkrieges standen die Kurden unter der Jurisdiktion des Schahs von Persien, die Mehrheit aber unter der Herrschaft der Hohen Pforte (Osmanen) und nur einige Zehntausend in ein paar kleineren Siedlungen unter zaristischer beziehungsweise später sowjetischer Herrschaft. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges nun war in Ostanatolien ein Machtvakuum entstanden. Dieses nutzten die Kurden und massakrierten in wenigen Wochen aramäische und armenische Minderheiten in den bisherigen Ostprovinzen des Osmanischen Reiches. Gleichzeitig forderten sie die volle Autonomie im Sinne der 14 Punkte von Woodrow Wilson und hielten die gesamte Provinz in ihren Händen. Die britische Orientpolitik, die sich entsprechend der damals üblichen Aussenpolitik Londons mehr an regionale Herrscher und Persönlichkeiten hielt, ernannte den kurdischen Stammesführer Scheich Mahmud Barzinji zum Gouverneur von Sulaimaniya und der Provinz Mosul.

Doch mit dem Verlust des türkischen Einflusses über Südkurdistan und kleinere arabische Scheichtümer schlug nur scheinbar die Geburtsstunde eines eigenständigen Staates «Kurdistan». Die englische Regierung, der eigentliche Sieger im Vorderen Orient nach 1918, schuf unter kluger Voraussicht auf die Bedeutung des Öls in diesem Raum den neuen arabischen Staat Irak, dem auf englischen Druck sofort die «kurdische» Ölprovinz Mosul zugeschlagen wurde. Die Türkei, Mitverliererin des Ersten Weltkrieges, war zu dieser Zeit in vielen Randgebieten von englischen und griechischen Truppen besetzt. Dies führte 1919/20 zu einer nationalen Erneuerungs-

bewegung in Anatolien, die 1922 mit dem Sieg Kemal Atatürks über die Engländer, Griechen und kurdischen Separatisten endete. Durch innere Stammesfehden verlor zudem Scheich Mahmud Barzinji mehr und mehr politischen Einfluss, so dass mit seinem Niedergang (1919/20) auch gleichzeitig alle Hoffnungen zur Errichtung eines selbständigen Staates «Kurdistan» aufgegeben wurden. Selbst die im Friedensvertrag von Sèvres (1920) noch vorgesehene Gründung von zwei «unabhängigen Staaten», Kurdistan und Armenien, konnte aufgrund des Widerstandes der Türken, die diesen Vertrag nie ratifizierten, nicht verwirklicht werden. Erst in den türkischen Gebieten der Kurden, dann aber auch in den iranischen, kam es zwischen 1925 und 1937 immer wieder zu Erhebungen. Damals wie heute wurden alle kurdischen Aufstände mehr oder weniger als staats- und regierungsfeindliche subversive Handlungen gebrandmarkt und besonders durch die Türkei mit härtesten Mitteln niedergeschlagen.

Im Nordirak akzeptierte der Kurdenführer Scheich Mahmud Barzinji ebenfalls nicht die staatliche Oberhoheit der irakischen Regierung. Erst nach harten Kämpfen britischer Schutztruppen im Sommer und Herbst 1924 und nach Einschaltung einer Völkerbundkommission entschied diese, dass die Provinz Mosul beim Irak bleiben sollte, im Nordirak den Kurden aber einige Minderheitenrechte von Bagdad zugesichert werden mussten. Nach der Unabhängigkeit des Iraks von England (1932) verschwanden nahezu alle völkerrechtlichen Schutzgarantien für die Kurden.

Kurz vor dem Verlust einiger Sonderrechte erhoben sich ab 1930 die Kurden-



Mulla Mustafa Barzani.
Quelle: Ali Homam
Ghasi, *Die Kurden*,
Berlin 1994.

stämme unter Mulla *Mustafa Barzani*, dem jüngeren Bruder von Scheich Mahmud Barzinji, gegen die noch junge irakische Regierung. Im Jahre 1939 wurde die «Hoffnungspartei» Kurdistans gegründet, die sich aus einem linksrevolutionären Flügel und einem mehr rechts orientierten intellektuellen Flügel, der in England und Westeuropa den Schlüssel zur Lösung des Kurdenproblems suchte, zusammensetzte. Besonders die 1934 gegründete Irakisch-Kommunistische Partei (ICP) gewann ab 1940 in Südkurdistan erheblichen Einfluss. Unter kommunistischer Ägide erschien dann 1944 im ersten kurdischen politischen Organ «Azadi» eine Art «Kurdische Unabhängigkeitserklärung». In ihr heisst es unter anderem: «Wir drängen (...) unsere Führer, demokratische Parteien und Vereinigungen für unser Volk einzurichten, um damit die Grundlagen zur Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts im Rahmen einer Union zwischen Arabern und Kurden mit gleichen Rechten innerhalb des Iraks zu schaffen.¹»

Diese Erklärung wurde auf der Beratungskonferenz zur Gründung der Vereinten Nationen, April–Juni 1945, vorgelegt, dann aber aus historischen Gründen abgewiesen: Die irakische Regierung war nach 1941 Deutschland und Italien zu freundschaftlich gesonnen, so dass England den Irak bis 1945 erneut unter seine militärische Aufsicht stellte. Die Kurdenführer nutzten die Schwäche Bagdads und erhoben sich im

Nordirak gegen die Zentralregierung, aber auch teilweise gegen die britischen Besatzungstruppen; so dienten diese Aufstände indirekt Italien und Deutschland. Im Sommer 1945 konnte die irakische Regierung mit Billigung der Engländer und dem Einsatz erheblicher militärischer Mittel ihre Oberhoheit im Nordirak wiederherstellen². Die revolutionär-antidemokratische Kurdenbewegung, die zeitweise Unterstützung fand, wurde nach dem Krieg von den demokratisch-liberal eingestellten Westmächten – besonders von England – nicht mehr weiter unterstützt.

Die «Kurdische Republik» von Mahabad (1946)

Im Iran entstand im Augenblick eines Machtvakuumms ab 1942 eine ähnlich günstige Situation für die kurdische Autonomiebewegung wie nach dem Ersten Weltkrieg in der Osttürkei: Nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion 1941 entschlossen sich die Alliierten, die Versorgungswege der Roten Armee in ihrer Südflanke (Persien, Afghanistan) zu sichern. England und die Sowjetunion marschierten in den Iran ein und schickten Schah *Reza Khan*, der die Neutralität bewahren wollte, ins Exil. Erst die iranische Armee, dann die Regierung verloren ab 1943 im nordwestlichen Teil des Irans mehr und mehr die Regierungsgewalt. Schliesslich wurde im Verlauf des Sommers 1945 unter Mitwirkung sowjetischer Berater eine eigenständige kurdisch-kommunistische Administration um den Urmiassee aufgebaut. Einflussreiche kurdische Nationalisten dieser Verwaltung riefen dann unter dem Schild der sowjetischen Besatzungsmacht, gerade rechtzeitig zum Eintreffen des Kurdenführers Barzani und seiner 3500 Stammeskämpfer, zur Gründung eines autonomen Kurdenstaates auf. Zuvor wurde im Herbst 1945 in Mahabad die «Kurdische Demokratische Partei» und, nach dem Eintreffen der irakischen Barzani-Kurden, am 22. Januar 1946, die «Autonome Republik von Mahabad» gegründet. Gründungsvater war der gemässigte Kurdenführer *Muhammad Ghazi* aus dem Iran. Dies geschah unter dem Schutzschild der sowjetischen Besatzungsarmee im Nordwestiran, wo gleichzeitig in Täbriz eine «Aserbaidschanische Republik» von der sowjetischen Besatzungsmacht eingerichtet

1 Auszug aus «The Charter of the Kurdish People». Zit. nach Majid Abd al Ridha «The Kurdish Question in Iraq», Baghdad 1975, S. 83.

2 Rund 14 000 irakische Soldaten waren zeitweise im Einsatz. Die Kurdenführer M. Agha Zibari und Mulla Mustafa Barzani mussten im Oktober 1945 in den Iran fliehen. C. Kutschera: *Le Mouvement National Kurde*, Paris 1979, S. 146 ff.

worden war. Zu diesem Zeitpunkt jedoch wurden die Engländer und Amerikaner durch das expansive Verhalten *Stalins* in Europa ihrem Kriegsverbündeten gegenüber skeptischer. Der Kalte Krieg begann. Nichts war deshalb für die Briten und Amerikaner im Iran wichtiger als der Abzug aller fremden, besonders der sowjetischen Truppen aus dem Iran, was natürlich mit der Wiedereinsetzung des alten iranischen Schahregimes am zweckmässigsten zu erreichen war. Die Sowjets erhielten als Dank für ihren Abzug Ölkonzessionen und andere Handelsvorteile sowie unverbindliche Sicherheitsgarantien für ihre linksgläubigen Marionettenregierungen in Täbriz und Mahabad in Aussicht gestellt. Bereits zum Jahresende wurden der aserbaidzhanische autonome Staat und die «Kurdische Republik von Mahabad» von den Truppen des Schahs besetzt und die Regierungen liquidiert.

Die kurdische Politik 1947–1958

Nach dem Ende der Republik von Mahabad und dem Rückzug Barzanis ins Exil blieb es um die Politik der Kurden bis zum Sturz der irakischen Monarchie (1951) sehr ruhig. Im Iran blieb die Kurdisch-Demokratische Partei (KDP) bis 1951 geächtet. Trotz politischer Diskriminierung hatten die Kurden im Irak, im Vergleich zu denen im Iran und in der Türkei, eher den Rechtsstatus einer ethnischen Minderheit. Im allgemeinen besaßen sie, solange ihre Stammesführer nicht passiv und aktiv gegen die Regierung in Bagdad Angriffe führten, fast die gleichen Rechte und Pflichten wie die Araber.

Doch das kurdische Volk hat sich nie mit den aus Europa implantierten staatsrechtlichen Institutionen anfreunden können. Das Wertesystem dieses Volkes trägt archaische Züge, zum Beispiel die Gefolgschaft, das Patriarchat, zum Teil auch noch die Blutrache und Feme. Dies kann auch die Existenz von demokratischen oder kommunistischen Parteien Kurdistans nicht widerlegen, die heute mehr Einfluss in Städten Europas oder des Vorderen Orients unter intellektuellen Kurden haben als in den kurdischen Heimattälern des Zagros. Aus diesen sozialen Divergenzen resultiert auch die politische Unzuverlässigkeit gegenüber den Zentralregierungen, in deren Staat die Kurden gerade leben. Besonders lasteten ihnen die Machthaber von Atatürk über *Tansu*

.....

*Nach dem
Putsch von 1958
schien eine neue
Ära der Koope-
ration zwischen
Kurden und
Arabern im Irak
eingeleitet
worden zu sein.*

.....

Çiller bis *Necmettin Erbakan* und vom Schah bis *Saddam Hussein* ihre Kollaboration mit ausserregionalen Grossmächten – zuerst mit der Sowjetunion und dann mit den USA – an. Dieses Verhalten machte es den Staatsechefs des Iran, Irak und der Türkei stets leicht, die harten, teilweise unmenschlichen und völkerrechtlich verabscheuungswürdigen Strafaktionen zur Unterdrückung und Verfolgung der Kurden innenpolitisch zu rechtfertigen.

Während der Abwesenheit Barzanis im sowjetischen Exil (1947–1958) entwickelte sich die Kurdisch-Demokratische Partei (KDP) im Irak zu einer eigenständigen politischen Bewegung mit einem recht zuverlässig arbeitenden Parteiapparat. An der Spitze stand seit 1946 *Hamsa Abdullah*, ein Rechtsanwalt und politischer Freund Barzanis. Zur gleichen Zeit gab es aber auch noch eine Splittergruppe der iranischen KDP, mit eigenem Organisationsbüro, in der nordirakischen Stadt Sulaimaniya. Nach dem Fall von Mahabad schlossen sich der Abdullah-Flügel und der iranische Parteiableger aus pragmatischen Gründen zusammen. Die KDP blieb aber stets eine Art Elitepartei, mit vielen grossteils in Westeuropa oder den USA ausgebildeten Intellektuellen. Sie gewann Einfluss in den Städten Bagdad, Beirut, Kirkuk und Istanbul. Bei den kurdischen Grossgrundbesitzern, Stammesführern und den nomadisierenden Hirten war ihr Einfluss bedeutungslos. Als schliesslich eine Gruppe junger irakischer Offiziere im Juli 1958 putschten und *Abd al-Kerim Kassem* zum Premierminister erhoben, begrüßte diese Veränderung der Parteiführer der KDP, *Ibrahim Ahmad*. Kassem liess noch im gleichen Jahr (1958) Barzani und seine Gefolgsleute aus der UdSSR in den Irak zurückkehren.

Die Kurden unter Kassem 1958–1963

In den ersten zwei Jahren unter Kassem gelang eine relativ konstruktive Kooperation zwischen den vereinigten kurdischen Parteien, der KDP, der kommunistischen Partei (ICP) und der Arbeiterpartei. Von Anfang an gab es aber unterschiedliche Auffassungen über die politische Stellung der Kurden innerhalb einer von Kassem angestrebten Integration des Irak in die Vereinigte Arabische Union. Dahinter standen viel realistischere Fragen. So etwa:

Welchen Grad an Autonomie sollten die Kurden erhalten? Welchen besonderen Status bezüglich eigener militärischer Verbände, Bewaffnung und Polizei? Wo sollten die Grenzen zwischen den arabischen und kurdischen Bevölkerungssteilen verlaufen? Wem sollte die Erdölregion um Kirkuk und Kunaquim zugeschlagen werden? Wie gross sollte der Anteil aus den zu erwartenden Öleinnahmen sein, der zur Entwicklung der bis dato recht rückständigen Kurdenprovinz aufzubringen war? Die letzte Frage war insofern von besonderer Bedeutung, da die reichsten Erdölvorkommen des Iraks teilweise im kurdischen Gebiet liegen, die Kurden aber von diesem Reichtum nur wenig verspürten. Als es im März 1959 zu einem Putsch Nasser-freundlicher Offiziere gegen Kassem kam, hielten sich Barzani und seine Kurden bewusst zurück und liessen mehr die Kommunisten den Aufstand niederschlagen. Barzanis Partei schickte dafür im Sommer 1960 der Regierung Kassem folgende Forderungen:

1. In allen kurdischen Regionen, die einen autonomen Status erhalten sollen, muss Kurdisch als *Lingua franca* neben das Arabische treten.

2. In die Armee und Polizei in Kurdistan dürfen nur Kurden rekrutiert werden. Die Kommandosprache hat Kurdisch zu sein.

3. Die Kulturhoheit für die Erziehung und Volksbildung, für Presse und Nachrichten sowie für Gesundheit und Verwaltung liegt in Kurdistan selbst.

4. «Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik verbleiben der irakischen Zentralregierung in Bagdad. Kurden müssen jedoch in allen Instanzen vom Vizepräsidenten bis zu den Staatssekretären vertreten sein.»

5. «Ein beträchtlicher Anteil des Budgets, nämlich die Hälfte oder doch wenigstens so viel, wie dem kurdischen Bevölkerungsanteil entspricht, muss für die Entwicklung des rückständigen Kurdistan, für Strassenbau, Elektrizitätsversorgung, Schulen und Krankenhäuser ausgegeben werden.³»

Die Reaktion der Junta um Kassem war ablehnend und richtete sich gegen die Machtfülle Barzanis. Es kam zu Demonstrationen vor der Parteizentrale der Kurden in Bagdad, im Dezember 1960 zu blutigen Auseinandersetzungen und danach zum endgültigen Bruch zwischen Staatschef Kassem und den Kurden. 1961 verliessen Barzani und seine Anhänger ihre Parteizentrale in Bagdad und gingen in ihre angestammte Bergheimat.

Der Bürgerkrieg war unvermeidlich. Bis Ende 1961 beherrschte Barzani fast 10000 Quadratkilometer der irakischen Nordprovinzen. Die Grenzübergänge zum Iran wa-

Der Bürgerkrieg war unvermeidlich. General Kassem liess Städte, Dörfer, Herden und Lager der Kurden bombardieren.

ren in diesem Gebiet ausschliesslich in der Hand der Kurden. Bagdad setzte alle verfügbaren Streitkräfte ein. General Kassem liess Städte, Dörfer, Herden und Lager der Kurden bombardieren, doch konnte er über Jahre hinweg keinen durchschlagenden Erfolg erzielen. Als der General das «Übel» der Kurdenerhebungen durch die Besetzung Kuwaits, die er im Verlauf der Jahre 1961 und 1962 immer wieder androhte, kompensieren wollte, führte das zu einem Offiziersputsch. Das arabische Lager stellte sich gegen General Kassem und stürzte ihn. Das Erbe Kassems trat die Baath-Partei an, aus deren Führungsstruktur dann der noch heute herrschende Saddam Hussein hervorging. Barzanis Kurden waren damals von den Putschplänen unterrichtet worden und sicherten der sozialistischen Baath-Bewegung ihre volle Unterstützung zu. Für die Kurden schien eine neue Chance zur Verwirklichung ihrer Autonomie gekommen.

Die kurdische Politik seit 1963

In den Jahren nach 1963 entwickelte sich ein Konflikt aus den drei divergierenden politischen Strömungen selbst. Spannungen bestanden zwischen den Kommunisten, der KDP-Gruppe um Ahmad/Talabani und schliesslich dem mächtigen Barzani-Partei-Flügel. Zeitweise regierte das Chaos die demokratische Kurdenpartei, so dass Freund und Feind nicht mehr zu unterscheiden waren. So vertrieb beispielsweise Barzani im August 1964 die beiden demokratischen Kurdenführer Ahmad und Talabani mit militärischen Mitteln aus dem Irak in den Iran.

Der Bruch zwischen Barzani und der politischen Führungsgruppe der Partei vernichtete das für Kontinuität einer politischen Bewegung wichtige Zentrum und setzte die gesamte kurdische nationale Sammelbewegung den Angriffen aller politischen Gegner ausserhalb Kurdistans aus. Die nationale Bewegung Kurdistans wurde so zu Grabe getragen.

Im April 1965 war zudem die gesamte irakische Armee zur Wiederherstellung der von den Kurdenstämmen seit 1960 gestörten Regierungsgewalt im Nordirak in Marsch gesetzt worden. Während dieses Befreiungsraids der irakischen Regierung erhielten Barzani und seine Stammeskämpfer verstärkt Militärhilfe aus dem Iran. Die Annahme dieser Hilfe führte wohl zur

3 Vgl. dazu auch Günther Deschner: *Die Kurden. Das betrogene Volk*, Frankfurt am Main, Berlin 1981, S. 213.

hauptsächlich Fehleinschätzung des sonst recht klug handelnden Kurdenführers. Die Herstellung enger Beziehungen zu einer Macht, die im vitalen Gegensatz zur damals sich sozialistisch progressiv gebenden Regierung in Bagdad stand, beflügelte die Kritik innerhalb der kurdischen Bevölkerung im Irak. Barzanis Verhalten galt vielen Kurden anderer Stämme als Verrat am Vaterland. Die im Iran exilierten kurdischen Politiker der KDP gerieten ebenfalls in Misskredit. Schliesslich hatten sie die massive iranische Waffenhilfe, die ihrem politischen Gegner Barzani zufluss, weder verhindern können noch ihre eigenen Anhänger dafür zu mobilisieren vermocht, die Barzani-Stämme an ihren militärischen Attacken gegen ihre eigene «vaterländische» Regierung in Bagdad zu hindern. Wohl als Konsequenz dieser Ereignisse, versuchten viele Führer der KDP ihren eigenen Frieden mit Bagdad zu machen. Im Sommer 1965 kam es schliesslich dazu, dass Barzani den Exilkurden zwar die Rückkehr ermöglichte, diese aber gleichzeitig unter eine Art Hausarrest in völlig von Barzani-Anhängern kontrollierten Gebieten verordnete. Nichtsdestoweniger gelang es diesen KDP-Führern, kurdische Militäreinheiten aufzustellen, die sich aus traditionell Barzani-feindlichen Stämmen rekrutierten und von Bagdad finanziert wurden. Diese Einheiten kämpften als reguläre Verbände innerhalb der irakischen Armee gegen ihre feindlichen Stammesbrüder, das heisst: gegen die Kurden des Barzani-Stammes.

Trotz der Übermacht der irakischen Armee und ihrer kurdischen Hilfskräfte aber fügten die Barzani-Kämpfer im Mai 1966 diesen beim Berg Handrin eine empfindliche Niederlage zu. Infolge dieser Niederlage verkündete am 29. Juni 1966 der irakische Premierminister *Abd Al-Rahman al Bazzaz* einen Waffenstillstand und unterbreitete einen Friedensplan für Irakisch-Kurdistan. Der als «Bazzaz-Erklärung» bekannte Friedensplan ging von der Anerkennung einer gewissen kurdischen Autonomie aus, sollte das Kurdische als offizielle Sprache in den Schulen und bei der lokalen Verwaltung garantieren und nach Verkündung einer Generalamnestie Wahlen für eine Volksvertretung einleiten. Doch der Premierminister wurde von einer radikalen kurdenfeindlichen politischen Gruppe aus seinen Ämtern gedrängt und demissionierte. Viele Abmachungen zugunsten der Kurden wurden ab

.....

In Folge
der begrenzten
Autonomie
begingen die
Barzani-Kurden
Fehler über
Fehler.

.....

der Jahreswende 1965/66 von der politischen Gruppe der irakischen «Falken» zu nichte gemacht, und den Kurden wurden sukzessiv weniger Freiheiten und Rechte gewährt, als ihnen zuerst versprochen worden waren.

Im Juli 1968 wurde die Regierung «*Abd al Rahman Arif*» gestürzt und die Baath-Partei kam vollständig an die Macht. Von kurdischer Seite erfolgte erneut eine stillschweigende Unterstützung der Baathisten, diesmal besonders von der Ahmad-Talabani-Fraktion der KDP, wobei als Gegenzug Mitglieder dieses Parteiflügels von der Baath-Regierung ins Kabinett aufgenommen wurden. Anfangs versuchte Barzani, mit der Baath-Regierung ein Abkommen auszuhandeln, was aber scheiterte. Danach brachen erneut Kämpfe in Kurdistan aus. In deren Gefolge kam es im Frühjahr 1969 zu militärischen Überfällen auf Einrichtungen der Irakischen Petroleum Gesellschaft (IPC) im Raume Kirkuk: Die Irakische Petroleum Gesellschaft musste zeitweise ihre Produktion um 75 Prozent drosseln und einen Verlust von 10 Millionen US-Dollars hinnehmen. Die Regierung entsandte darauf vier Divisionen, was eine Eskalation der Kampfhandlungen bis zum Wintereinbruch 1969/70 verursachte. Der verstärkte Druck Bagdads führte schliesslich zu Verhandlungen zwischen Barzani und Regierungsvertretern. Es kam zu einer Regierungserklärung, die den Kurden als nationaler Minderheit mit eigener Sprache und Kultur viele Sonderrechte einräumte. Als neue Provinzhauptstadt war Dohuk vorgesehen. Diese Übereinkunft zwischen der Baath-Partei und den Kurden ging als sogenanntes «März-Manifest» (1970) in die irakisch-kurdische Geschichte ein.

Infolge der begrenzten Autonomie begingen die Barzani-Kurden nunmehr Fehler über Fehler. Zuerst vertrieben sie nahezu 35 000 sogenannte «Faily-Kurden» aus dem Gebiet um Kanakin in den Iran, weil diese Kurden nach Auffassung des Barazani-Stammes nicht als irakische, sondern als iranische Kurden anzusehen sind. Ausserdem forderten sie Enteignung der inzwischen nationalisierten Anlagen der Irakischen Petroleum Gesellschaft um Kirkuk. Die Kurden betrachteten die Ölfelder um Mosul und Kirkuk als ihre eigenen, was geographisch so einfach nicht stimmt. Weiterhin veranlasste die KDP um Barzani Umsied-

lungen im Sinne «ethnischer Säuberungen», um ein in ihrem Sinne reines «Barzani-Kurdistan» zu schaffen. Nachdem Barzani und sein KDP-Flügel sich in eigenem Machtsstreben mit israelischer und iranischer Unterstützung gegen Kommunisten, Baath-Sozialisten und die irakische Zentralregierung gestellt hatten, kam es im April 1974 erneut zu offenen Kampfhandlungen, bei denen nahezu 200 kurdische Zivilisten getötet wurden. Ein neuer kurdischer Exodus begann. Im Frühjahr 1975 befanden sich nach Schätzung neutraler UN-Beobachter nahezu 280 000 Kurden, diesmal vorwiegend Barzani-Anhänger, als Flüchtlinge im iranischen Grenzgebiet. In der OPEC-Konferenz von Algier (1975) legten der Iran und der Irak ihre Grenzstreitigkeiten bei. Die Barzani-Kurden wurden vom Iran nicht mehr unterstützt und innerhalb weniger Tage vom persischen Grenzgebiet vertrieben. Mulla Mustafa Barzani selbst floh mit wenigen Getreuen in die USA, wo er 1979 in Washington starb.

Zwar wurden zwischen 1976 und 1980 eine Reihe von Amnestien zugunsten der Kurden im Irak erlassen, die früher vereinbarten Autonomieversprechungen jedoch nicht erfüllt. Im Gegenteil, nach 1980 versuchte die Regierung jetzt unter Saddam Hussein, das Kurdenproblem durch Zwangsumsiedlung der Barzani-Kurden und durch Arabisierung des Nordirak zu lösen. Unter der neuen Baath-Partei wurden gezielt kurdische Intellektuelle in den Südirak versetzt und nahezu 180 000 Kurden aus ihren Stammesgebieten deportiert und dabei über 500 Dörfer und Siedlungen niedergebrannt. Es gibt Gerüchte von einem Geheimabkommen, das zwischen dem Iran, der Türkei und dem Irak geschlossen worden sei und eine 20 km breite siedlungsfreie Zone beiderseits der Staatsgrenzen vorsehe⁴. Von diesem Desaster erholten sich die Kurden erst nach dem Ausbruch des ersten Golfkrieges zwischen dem Iran und dem Irak (1980–1988). Wieder nutzten sie die momentane Schwäche der Zentralregierung in Bagdad und kollaborierten mit den Erzfein-

den, genauer gesagt, marschierten sie mit *Ajatollah Khomeini* gegen Saddam Hussein. Bis 1982 fügten sie Bagdad erhebliche Verluste zu. Gleichzeitig kamen Tausende von kurdischen Separatisten im Iran, Syrien und in der Türkei Anfang der achtziger Jahre ums Leben, weil sie sich teilweise gegenseitig bekämpften und in nicht kriegsbeteiligten Ländern (etwa in Syrien und der Türkei) revolutionäre Aktionen unternahmen. Nach der Flucht von Barzani spaltete sich die KDP sofort in zwei Gruppen. Einmal in die radikale Fraktion, geführt von den Söhnen Barzanis, *Idris* und *Masud*, und in die neu formierte Patriotische Union Kurdistans (PUK), geführt von Jalal Talabani. Talabani rochierte von Anfang an zwischen Treue zum Baath-Regime und einer Art grossarabisch-kommunistischer Revolution. Nicht zuletzt wegen dieser Schaukelpolitik geriet er immer mehr ins Zwielficht. Im Jahre 1988 musste er erneut nach Syrien fliehen.

Nach 1990 blieb das Verhältnis zwischen Bagdad und seinen drei kurdischen Provinzen weiterhin gespannt. Als aber nach der handstreichartigen Besetzung des Emirates Kuwait durch irakische Truppen am 2. bis 5. August 1990 die Kurden, im Verein mit anderen oppositionellen Gruppen im Ausland, erneut den Aufstand gegen Saddam Hussein probten, schlug der Diktator mit härtesten militärischen Mitteln zurück. Dieses Vorgehen erfolgte noch in der Besetzungszeit Kuwaits, aber mehr noch nach dem Ende des zweiten Golfkrieges, im März/April 1991. Erneut flohen über 200 000 Kurden, diesmal über die türkische Grenze. Die UN-Resolution Nr. 688 vom 7. April 1991 stellte schliesslich die Kurdengebiete des Nordiraks unter internationalen Schutz. Die Kurden kehrten allmählich zurück. Eine Annäherung an die Zentralregierung scheint durch einen Gewaltverzicht Bagdads möglich. Eine endgültige Lösung des Kurdenproblems ist aber im Irak wie in den Unruhezentren der radikalen Ableger der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in der Türkei nach wie vor nicht in Sicht. ♦

Die
UN-Resolution
Nr. 688 vom
7. April 1991
stellte
schliesslich die
Kurdengebiete
des Nordiraks
unter
internationalen
Schutz.

4 Ferhad Ibrahim: *Die Kurdische Nationalbewegung im Irak: eine Fallstudie zur Problematik Ethnischer Konflikte in der Dritten Welt*, Berlin 1983, S. 635 ff.